

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Mai 2017

TOP 1(a+b)

(a) Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration wird in der Mai-Sitzungsperiode des Landtags eine Regierungserklärung abgeben. Sie hat sie unter den Titel „Zukunft der Arbeit in Sachsen-Anhalt: faire Löhne, gleiche Chancen, sozialer Zusammenhalt“ gestellt.

(b) Im Anschluss an die Regierungserklärung der Ministerin haben die Vertreter/innen der Fraktionen die Möglichkeit, zu den Aussagen Grimm-Bennes Stellung zu beziehen und eigene Impulse in die Debatte einzubringen.

TOP 2

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte im Januar 2017 eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet, in der es um die Elbe als Wirtschaftsfaktor ging. Schwerpunkte der Fragestellung waren unter anderem der Elberadweg, dazugehörige öffentliche Investitionen und die Zahl der Elberadweg-Touristen. Nun liegt die Antwort der Landesregierung vor.

TOP 3

Nach der aktuellen Rechtslage gilt ein Zweckverband nach seiner Auflösung als fortbestehend, solange und soweit der Zweck der Abwicklung dies erfordert. In der kommunalen Praxis resultiert hieraus ein teilweise sehr langer Abwicklungsprozess mit entsprechend hohen laufenden Abwicklungskosten. Dies soll nun verändert werden. Die Fraktion von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen einen entsprechenden Gesetzentwurf ein.

TOP 4

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung zur Mitte der laufenden Legislatur eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der Inklusion in Sachsen-Anhalt vorlegen. Insbesondere sollen die im Behindertengleichstellungsgesetz § 1 Abs. 1-4 formulierten Ziele sowie die im Landesaktionsplan „einfach machen“ hinterlegten Vorhaben dargestellt werden.

TOP 5

Unter dem Titel „Tiergerechte Schweinehaltung umsetzen – glückliche Schweine erfordern politische Taten“ setzt sich die AfD-Fraktion – entsprechend der Stellungnahme des Tierschutzbeirates des Landes Sachsen-Anhalt – für eine veränderte und freie Haltung von Sauen im Abferkelbereich ein, wofür die Landesregierung eine entsprechende Initiative auf Bundes- und Landesebene unterstützen soll.

TOP 6

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll der Landtag von Sachsen-Anhalt die Bemühungen des Landessportbundes und weiterer Akteure um die Aufnahme des in Sachsen-Anhalt lebenden Sportlers Gustav Adolf „Täve“ Schur in die „Hall of Fame des Sports“ unterstützen.

TOP 7(a-d)

(a) Wie sicher ist es in Sachsen-Anhalt und was kann getan werden, um das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen? Diesen Fragen will die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der von ihr beantragten Aktuellen Debatte „Sachsen-Anhalt sicher machen. Ohne Waffen!“ nachgehen.

(b) Die Fraktion DIE LINKE beantragte eine Aktuelle Debatte, in der über die These „Beschlossener Doppelhaushalt bereits jetzt Makulatur“ diskutiert werden soll.

(c) Die SPD-Fraktion hat eine Aktuelle Debatte zum Thema „Qualität der Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2017/2018 sichern“ beantragt. Parallel dazu soll ein Antrag der Fraktion DIE LINKE behandelt werden, in dem sie sich für die schnellstmögliche Ausschreibung und Besetzung der freien Lehrerstellen in Sachsen-Anhalt starkmacht.

(d) Eine „Zunehmende Verrohung und Gewalttaten“ nimmt die AfD-Fraktion wahr und beantragte eine gleichlautende Aktuelle Debatte, um diesem Thema auf den Grund zu gehen.

TOP 8

Die AfD-Fraktion wollte im April 2017 mittels Gesetz Teile der Landesverfassung ändern, nämlich den Zugang von Abgeordneten zu den Unterlagen von Behörden und Dienststellen des Landes. In der Ersten Beratung wurde der Gesetzentwurf nicht in einen Ausschuss überwiesen. Er wird allerdings aufgrund des Prinzips der mehrfachen Beratung eines Gesetzentwurfs noch einmal im Plenum behandelt.

TOP 9

Durch eine punktuelle Änderung des Staatsvertrags über das Glücksspiel wird die überfällige Regulierung des Sportwettenmarkts abgeschlossen und Klarheit für die Anbieter und beteiligte Dritte (Zahlungsdienstleister, Medien, Sportvereine und -verbände) geschaffen. Zugleich wird den Glücksspielaufsichtsbehörden der Weg zur flächendeckenden Untersagung nicht erlaubter Angebote eröffnet. Damit werde die fortschreitende Erosion des Ordnungsrechts beendet, so die Landesregierung.

TOP 10

Im Oktober 2016 beriet der Landtag erstmals einen Antrag der Fraktion DIE LINKE und einen Alternativantrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt dem Landtag, eine geänderte Fassung anzunehmen. In der heißt es unter anderem: „Die Landesregierung wird gebeten, die vorhandenen Beratungsnetzwerke, Opferhilfeinstitutionen und demokratiefördernden Einrichtungen weiterhin zu stärken und auf eine langfristig gesicherte finanzielle Basis zu stellen.“

TOP 11

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag nach Kenntnisnahme des Dritten Tätigkeitsberichtes des Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit, folgende EntschlieÙung zu fassen: „Transparenz und der einfache Zugang zu staatlichen Informationen tragen dazu bei, das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die Verlässlichkeit staatlichen Handelns und in die Motive der politisch Verantwortlichen zu stärken und neu zu gewinnen.“ Dazu sind verschiedene Folgemaßnahmen vorgesehen.

TOP 12

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung ein Konzept zur Einrichtung von Sonderklassen für schulpflichtige Flüchtlinge und Kinder von Flüchtlingen, die keine oder nur eine zeitlich begrenzte Bleibeperspektive haben, entwickeln. Der Unterricht soll in sämtlichen Fächern getrennt von dem der deutschen Schüler erfolgen. Nur Kinder von Einwanderern mit

dauerhafter Bleibeperspektive sollen am Unterricht in den Regelklassen teilnehmen, wobei deren Anteil 10 % nicht übersteigen dürfe.

TOP 13

Auf Antrag der Fraktion der AfD soll die Landesregierung aufgefordert werden, ihre Ausländerbehörden anzuweisen, dass künftig der Vollzug über die Entscheidung hinsichtlich der Abschiebung eines Ausländers nicht mehr aufgrund eines gewährten Kirchenasyls ausgesetzt werden darf. Dafür soll sich auch gegenüber der Bundesregierung eingesetzt werden.

TOP 14

Die Landesregierung soll sich auf Antrag der AfD-Fraktion gegenüber den gesetzgebenden Organen der Bundesrepublik für die Ausweitung von DNS-Tests einsetzen. Bislang seien lediglich die Bestimmung der Abstammung und des Geschlechts sowie die Identifizierung erlaubt. Durch die angestrebte Gesetzesänderung sollen nun auch „äußerlich erkennbare Merkmale“, beispielsweise die Haut- und Augenfarbe, ermittelt werden dürfen.

TOP 15

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, auf Ebene des Bundes darauf zu dringen, dass Überstellungen von Geflüchteten von Deutschland nach Ungarn auf Grundlage der Dublin-III-Verordnung bis auf Weiteres grundsätzlich ausgesetzt werden und auf Landesebene, bis zur Umsetzung einer solchen bundeseinheitlichen Aussetzung des Dublin-Verfahrens, bei sogenannten Dublin-Fällen aus Ungarn eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen zu praktizieren.

TOP 16

Die Fraktion DIE LINKE fordert in einem Antrag, das aktuelle Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren nach gut einjähriger Praxiserfahrung auf den Prüfstand zu stellen. So soll unter anderem untersucht werden, ob durch die Anwendung der gesetzlichen Regelungen die Gefahren für die öffentliche Sicherheit, die mit dem Halten und Führen von Hunden verbunden sind, abgewehrt und minimiert sowie die Anzahl der Beißvorfälle mit Hunden tatsächlich gesenkt worden sind.

TOP 17

Die CDU-Fraktion beantragt, statt des Abgeordneten Thomas Keindorf (CDU) den Fraktionskollegen Hardy Peter Güssau als Mitglied des 15. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses entsenden zu dürfen.

TP 18

In der Bohrschlammdeponie Brüchau wurden von 1972 bis 2012 mehrere 100 000 Kubikmeter an quecksilberhaltigen Bohrschlämmen und Flüssigkeiten aus der Erdgasförderung der Altmark eingelagert. Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung umgehend eine Entscheidung zur Stilllegung und Sanierung der Bohrschlammdeponie Brüchau treffen. Ziel soll der vollständige Rückbau der Deponie mit anschließender Renaturierung des Deponiestandorts sein.

TOP 19

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Mai die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

TOP 20

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt einstimmig, die Initiativen „Landesvermögen nachhaltig investieren“ für erledigt zu erklären, da die Landesregierung Möglichkeiten zur Einführung ökologischer, sozialer und ethischer Kriterien bei der Geldanlage erörtert hat und diese zukünftig in der Geldanlage der Sondervermögen und den Rücklagen des Landes berücksichtigen will.